

Sektion III:

AUF DER SUCHE NACH NEUEN FORMEN INTERNATIONALER ZUSAMMENARBEIT IN EINER PLURALISTISCHEN WELT

VON PETER L. HEYDE

1. Zum Thema der Sektion

Es besteht fast in der ganzen Welt eine Übereinstimmung im politischen Denken der Menschen darin, daß jegliche Form des Atomkrieges vermieden werden sollte und die Aufrechterhaltung des Friedens ein Grunderfordernis einer weiteren gesellschaftlichen Entwicklung sei. Dennoch wird beobachtet, wie zwischen den sogenannten Atommächten die Spannungen wachsen. Gleichzeitig wird eine zunehmende Diskrepanz in der wirtschaftlichen Entwicklung der Länder auf der nördlichen und auf der südlichen Halbkugel der Erde festgestellt. Ferner lassen Rassenkonflikte und andere Spannungen die Welt immer wieder neu aufhorchen, weil in ihnen die Gefahren weltweiter Auseinandersetzungen stecken. Diese Situation muß zwangsweise die Ziele und Methoden gegenwärtiger internationaler Beziehungen in den Vordergrund des öffentlichen Interesses rücken. Daher war es nur logisch, daß auch die Weltkonferenz für „Kirche und Gesellschaft“ 1966 auf die Suche nach neuen Formen internationaler Zusammenarbeit ging und dafür eine besondere Sektion einsetzte. Sie sollte insbesondere den Beitrag der Kirchen zu solchen internationalen Institutionen erarbeiten, die sich um die Eliminierung ausländischer Vorherrschaft, um Abrüstung und Kernwaffenkontrolle sowie um eine positive Weltordnung durch friedliche Veränderungen bemühen.

2. Vorbereitung durch Aufsätze und Vorträge

Die Behandlung des gestellten Themas war durch entsprechende Beiträge in den Vorbereitungsbänden sowie durch eine Reihe von im Plenum gehaltenen Vorträgen vorbereitet worden. Insbesondere enthielten die Studienbände I („Christian Social Ethics in a Changing World“) und II („Responsible Government in a Revolutionary Age“) eine ganze Serie von direkt auf das Thema bezogenen Aufsätzen, von denen die von Gollwitzer und Kohnstamm hier besonders erwähnt werden sollen. Leider ist der Beitrag von Kohnstamm in dem deutschsprachigen Auswahlband („Die Kirche als Faktor einer kommenden Weltgemeinschaft“) nicht enthalten. Besondere Aufmerksamkeit fand auch ein eigens für diese Konferenz vorbereiteter Bericht von Fagley, der unter dem Titel „Das Ringen um eine weltweite Gemeinschaft

und seine sozialetischen Konsequenzen“ in der in Genf erscheinenden „Ökumenischen Diskussion“ abgedruckt worden ist (Bd. II, Nr. 1).

Aus der Vielzahl der Vorträge seien in diesem Zusammenhang die Ausführungen von Dumas über „Die Suche nach einer neuen Ethik für die neuen Gesellschaften“ und von Iisaka über „Friede im Atomzeitalter“ sowie von Lochman über den „Beitrag der Kirche zur Transformation der Gesellschaft“ besonders genannt. Auch Tinbergen muß hier Erwähnung finden, der sich mit dem klaffenden Unterschied des Lebensstandards in den verschiedenen Völkern auseinandersetzte und zur Überwindung dieser Kluft wirtschaftliche Entwicklung und eine Reduktion der Geburtenrate durch verschiedene Formen der Familienplanung forderte.

Im übrigen erwartete die Konferenzleitung, daß die Teilnehmer der Diskussion mit Beiträgen aus der eigenen Lebens- und Berufserfahrung aufwarteten.

3. Die Arbeitsweise

Der Thematik und der Vorbereitung entsprechend verlief die Arbeit der Sektion, deren Leitung in den bewährten Händen von Professor Bennett lag. Insgesamt wurden sieben Plenardiskussionen veranstaltet; außerdem gab es sechs Sitzungen der Untersektionen. Nach einer Einführung in die Sektionsarbeit durch Prof. Bennett und Albert Laham, den stellvertretenden Vorsitzenden der Sektion, wurde in zwei Plenarsitzungen über den „Krieg im nuklearen Zeitalter“ diskutiert. Dann folgten, ebenfalls im Plenum, Aussprachen über den „Einfluß der neuen Nationen auf die Weltpolitik“ und über „Die Pluralität der Religionen, Kulturen und Ideologien und die Grundlage für ein allgemeines, internationales Ethos“.

Die drei Untersektionen wurden von Albert Laham, Dr. Mondlane und Erzpriester Borovoj geleitet. Wie fast alles in dieser Konferenz, waren auch für diese Gruppen die Arbeitsthemen im voraus festgelegt worden: „Die Beziehungen zwischen den Atommächten und die Suche nach Frieden“, „Die politischen Probleme, die durch das Auftreten neuer Nationen entstehen“ und „Die Entwicklung internationaler Institutionen für Frieden und Gerechtigkeit“.

Die letzten drei Plenarsitzungen galten der Besprechung der Untersektionen sowie der Annahme des endgültigen Entwurfs des Sektionsberichtes.

Die Bibelarbeit dieser Sektion lag in den Händen von Pater Paul Verghese. Seine Interpretation des Kolosserbriefes war in ihrer Wirklichkeitsbezogenheit mit das Eindrucksvollste, was in dieser Sektion gesagt wurde. Leider hat in der Sachdiskussion nicht alles seinen ihm gebührenden Niederschlag gefunden.

4. Die Diskussion

Das sehr weit gespannte Gesamtthema der III. Sektion sowie die nicht eindeutig genug abgegrenzten Themen der Untersektionen führten zwangsläufig dazu, daß

viele Einzelfragen in allen Sektionen gleichzeitig diskutiert wurden, was bei der Abfassung des Sektionsberichtes zu Schwierigkeiten führte. Diese waren jedoch gering gegenüber den Verständnisschwierigkeiten, die sich aus verschiedenen politischen Grundhaltungen ergaben. War schon die ganze Konferenz ein „furchtbares Risiko“ (Visser 't Hooft), so war es besonders die Thematik dieser Sektion. Hier mußten unterschiedliche Meinungen zu den großen politischen Tagesfragen getragen und ausgehalten werden. Und gerade von der Thematik her muß es auch verstanden werden, daß die theologischen Überlegungen zu kurz kamen. Vielleicht ist auch an keiner anderen Stelle wie hier so deutlich geworden, daß wir mit einer Wirtschaftsethik und einer politischen Ethik, die wirklich auch Antworten auf die Fragen unserer Zeit geben, erst am Anfang stehen. Bei aller Dankbarkeit für das vorgelegte Material muß doch mit Sorge gefragt werden, ob die Kirchen und die Theologie wirklich der Entwicklung gerecht werden. Für diese Sorge mag es verschiedene Ursachen geben. Oxford liegt fast dreißig Jahre zurück. Und Fragen des „praktischen Christentums“ haben auf den Weltkirchenkonferenzen keine so große Rolle gespielt. Vielleicht müssen die politischen Fragen unserer Zeit und ihre Lösungen doch erst einmal noch mehr in kleinen kompetenten Kreisen unter theologischen Gesichtspunkten diskutiert werden, ehe sie in eine Weltkonferenz gebracht werden.

5. Das Ergebnis

An den Anfang des Berichtes der III. Sektion sind einige „Allgemeine Feststellungen“ gesetzt worden, die sozusagen die theologische Präambel enthalten. Unter Bezugnahme auf Joh. 10, 11, Hebr. 13, 21 und Kol. 1, 17 sowie Kol. 3, 10–11 wird noch einmal darauf hingewiesen, daß wir dazu aufgerufen sind, dem Frieden Gottes unter unseren Mitmenschen zu dienen. Auch wenn der Friede Gottes und der Friede in der Welt der Nationen nicht identisch sind, wird der, der dient, weil ihm der Friede Gottes geschenkt ist, den Frieden unter den Menschen suchen.

Die Kirchen hätten ihre Glieder immer wieder zur verantwortlichen Beteiligung am politischen Leben aufgefordert. Der Staat habe die Funktion, wenn nötig auch durch gesetzlichen Zwang eine Ordnung zu schaffen, die es den Menschen ermöglicht, in Frieden und Gerechtigkeit zusammenzuleben. Die Bibel zeige uns, daß der Mensch die Macht des Gesetzes braucht. Sie zwingt ihn zur Achtung der Rechte anderer. Dennoch wären heute Menschen zur Revolution gegen Unrecht gezwungen. Christen müßten das Recht zur Auflehnung anerkennen. Im allgemeinen hätten auch die Kirchen die Anwendung von Gewalt nicht verurteilt. Die Mehrheit unter ihnen hätte im Gegensatz zur Auffassung einer bedeutenden Minderheit immer wieder festgestellt, daß Christen an der militärischen Verteidigung ihres Landes gegen Angriffe teilnehmen könnten. Das Problem der Revolution stelle allerdings die christliche Ethik vor neue Aufgaben, die noch weiterer Untersuchun-

gen bedürfen. Neben diesen allgemeinen Feststellungen gliedert sich der Sektionsbericht in drei Hauptteile:

- A) Internationaler Frieden und internationale Sicherheit,
- B) Soziale, wirtschaftliche und politische Entwicklung,
- C) Die Beteiligung und Mitarbeit der Kirche.

Die nachfolgende Darstellung soll dieser Gliederung folgen. Soweit über einzelne Punkte im Plenum der Konferenz bedeutendere Diskussionen gewesen sind, wird dies vermerkt.

Der Teil über Frieden und Sicherheit beginnt mit einigen Ausführungen zur atomaren Kriegsführung. Im Hinblick auf die schrecklichen Folgen eines Atomkrieges wird festgestellt, daß es die höchste Pflicht der Regierungen und ihrer Amtsträger sei, den Atomkrieg zu verhindern. Es müßte danach gestrebt werden, neue Instrumente einer verantwortlichen internationalen Gemeinschaft zu schaffen. Diese Aufgabe erfordere neue beispiellose politische und moralische Anstrengungen. Von den Christen erfordere sie einen Beitrag in Predigt, Lehre und Handeln der Kirche sowie Anstrengungen des Einzelnen. Konsequenterweise fordert der Bericht dann in diesem Zusammenhang ein neues Denken über die christliche Einstellung zum Staat und zum Krieg, die Beziehungen zwischen den Staaten, die Forderungen wirtschaftlicher und sozialer Gerechtigkeit und die Entwicklung eines internationalen Ethos. Eine weitergehende Einsicht oder Lösung ist hinsichtlich der Bedrohung des Friedens durch die Existenz der Atomwaffen in diesem Sektionsbericht nicht gefunden worden.

Dennoch hat diese Sektion versucht, die Beziehungen der beiden großen Atom-mächte und ihrer Verbündeten zu untersuchen. Die beiden nuklearen Großmächte, die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion, stünden einander mit ungeheuerlichen Drohungen gegenüber, Die dadurch entstehende Situation habe ein labiles Gleichgewicht. Sie enthalte aber gleichermaßen Drohung und Möglichkeit. Letztere ergebe sich aus der Entdeckung gemeinsamer Interessen, um dem Schrecken der Situation zu entkommen.

Der Sektionsbericht nennt dann eine ganze Reihe politischer Maßnahmen, die ergriffen werden könnten, um zu einer friedlichen Entwicklung zu kommen. So werden u. a. Nichtangriffspakte, vermehrter wissenschaftlicher und kultureller Austausch, Abrüstungsmaßnahmen und die Lösung des Deutschlandproblems erwähnt.

Die Kirchen könnten insbesondere als ökumenische Gemeinschaft eine Hilfe sein. Sie könnten Modelle setzen, den Dialog fördern und helfen, Ideologien abzubauen. Die Sektion hat nicht alle Möglichkeiten im einzelnen untersucht. Sie war aber der Auffassung, daß auf diesem Gebiet vordringliche Aufgaben für den

Ökumenischen Rat der Kirchen und für seine Kommission für Internationale Angelegenheiten (KKIA) lägen.

Weiterhin untersuchte die Sektion die Beziehungen der nuklearen Großmächte zu den übrigen Nationen. Diese Beziehungen seien ganz anderer Art als die Beziehungen zueinander. In der augenblicklichen Situation sei es zwingend gewesen, daß andere Nationen versucht hätten, ihre Abhängigkeit von den zwei Großmächten zu begrenzen und größere Handlungsfreiheit durch die Schaffung eigener Nuklearwaffen zu erlangen. Damit sei das Problem der Proliferation gegeben, das durch entsprechende vertragliche Maßnahmen in seiner Gefahr eingeschränkt werden müßte.

Im Zusammenhang mit der Diskussion um die Kontrolle über nukleare Waffen konnte es nicht ausbleiben, daß auch die Vietnamfrage diskutiert wurde. Die Sektion begrüßte die Aktion des Ökumenischen Rates und der KKIA, die auf die Wiederherstellung des Friedens zielt und die Beendigung der Bombardierung des Nordens durch die USA und Südvietnam sowie die Beendigung der militärischen Infiltration des Südens durch Nordvietnam fordert.

Auch über die weltpolitische Stellung der Volksrepublik China wurde diskutiert. Die Mehrheit der Sektion beklagte, daß dieser Staat noch außerhalb der Vereinten Nationen steht.

Das Streben nach einer verantwortlichen internationalen Gemeinschaft war ein weiterer Diskussionspunkt. Ausgehend von der These, daß das Schicksal der Welt weitgehend in den Händen der Großmächte liegt, sollte es Aufgabe der Kirche sein, gerade diese Mächte darauf hinzuweisen, daß sie die gemeinsame Pflicht hätten, das Leben der Menschen in der Welt zu erhalten und auf eine Weltordnung hinzuarbeiten, die den gegenwärtigen unsicheren Frieden durch das Gleichgewicht der Kräfte transzendiert. Der Frieden sei aber nicht nur eine Verantwortung der Großmächte. Im atomaren Patt erfreuen sich kleinere Nationen größerer Freiheit als zuvor zum guten oder zum bösen Handeln. Deswegen sollten sich alle Nationen der Tatsache bewußt sein, daß eine neue Weltordnung ohne eine volle Zusammenarbeit, ihre Bereitschaft zum Verzicht auf Nuklearwaffen und ihre Disziplin, keinen örtlichen Konflikt ausbrechen zu lassen, unmöglich ist.

Die Vereinten Nationen seien zur Zeit die beste zur Verfügung stehende Organisation, durch welche die Ziele des internationalen Friedens und der Gerechtigkeit verfolgt werden könnten. Diese Organisation sei aber nicht sakrosankt. Abänderungen der Charta seien notwendig, um den Bedürfnissen der Welt von heute gerecht zu werden. Dennoch forderte die Sektion die Kirchen der Welt auf, alle Angriffe abzuwehren, die die Vereinten Nationen schwächen könnten, und

Wege zu suchen, die sie noch besser in die Lage versetzen würden, den Frieden zu bewahren und Gerechtigkeit in weltweitem Ausmaß zu garantieren.

Die primäre Verantwortung zur Erhaltung des Friedens und der Sicherheit liege beim Sicherheitsrat. Seine Mitgliedschaft sollte in höherem Maße die tatsächlichen politischen Mächte in der Welt repräsentieren. In den Fällen, in denen der Sicherheitsrat durch das Vetorecht zu keinen Entscheidungen gelangen kann, sollte der Vollversammlung und dem Generalsekretär Handlungsbefugnis eingeräumt werden. Die Kirchen sollten ihre Regierungen auf die Notwendigkeit hinweisen, die Maschinerie der Vereinten Nationen als Instrument zur Förderung der Gerechtigkeit voll auszunutzen. Eine der großen Schwächen der gegenwärtigen Situation sei die Einfallslosigkeit der etablierten Mächte in dieser Welt.

Neben den Vereinten Nationen müsse aber auch der Arbeit der regionalen Organisationen seitens der Kirchen Aufmerksamkeit geschenkt werden. Die regionalen Organisationen könnten den Staaten, die für die ihnen in der internationalen Gemeinschaft zukommende Rolle und die wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit mit den großen Mächten zu schwach sind, Unterstützung gewähren, ohne diesen schwachen Staaten damit eine Rolle aufzubürden, die sich bald als untragbar erweisen würde. Gerade regionale Organisationen könnten in vielen Teilen der Welt eine Garantie gegenüber den destruktiven Aspekten des nationalen Chauvinismus geben und deshalb eine ernsthafte Bürgschaft für den Frieden sein.

Der Hauptteil über die soziale, wirtschaftliche und politische Entwicklung beginnt mit einer Auseinandersetzung über Rassenprobleme und Diskriminierung. Es sei ganz klar, daß es in einem christlichen Verständnis von der Gesellschaft und der menschlichen Beziehungen keine Diskriminierung aufgrund der Rasse, der Religion oder einer Ideologie sowie aufgrund sozialer oder wirtschaftlicher Verhältnisse geben dürfe, weil alle Menschen vor Gott gleich sind und seine Liebe und seine Gnade allen zuteil wird, so wie alle unter seinem Gericht stehen. Dennoch gibt es Spannungen und Feindschaften, die Elend und Gewaltanwendung hervorrufen.

Nach Meinung der Sektion scheint die Rassendiskriminierung zur Zeit der größte unmittelbare Feind der Menschen zu sein. Nicht mehr Worte, sondern tatkräftiges Handeln sei notwendig, um die Feindseligkeiten zu überwinden. Die Sektion ruft daher die Christen dazu auf, die verschiedenen Vereinbarungen der Vereinten Nationen über die Menschenrechte durchzusetzen. Die Republik von Südafrika wurde gebeten, sich klarzumachen, daß sie durch die schockierende Entscheidung des Internationalen Schiedsgerichtshofes nicht aus ihrer moralischen Verpflichtung gegenüber allen Menschen Südwesafrikas entlassen sei.

Aber auch die Kirche müsse mit Predigt und Lehre eine viel entscheidendere Rolle spielen. Kanzel und Schule hätten die wichtige Aufgabe, das Evangelium und

seine Bedeutung für ganze Bruderschaft ohne Diskriminierung zu lehren. Die Kirche und jeder Christ müßten die Anstrengungen verdoppeln, die bestehenden Spannungen zu vermindern. Darüber hinaus müßte die Kirche die rechtmäßigen Ansprüche der Unterdrückten unterstützen und denen Hilfe anbieten, die sich zum Ziel gesetzt haben, jede politische und wirtschaftliche Ordnung zu verändern, die politische Rechte und wirtschaftliche Möglichkeiten verweigert und Diskriminierung und andere Formen der Unterdrückung ausübt.

Es folgt ein ausführlicher Abschnitt über die wirtschaftlichen Entwicklungen. Er bringt zum Teil die gleichen Gesichtspunkte, die in dem Bericht der Sektion I enthalten sind. Insbesondere wird auf die Wettbewerbsverzerrungen verwiesen. Außerdem wird Kritik an den Formen der bilateralen Hilfeleistung an Entwicklungsländer geübt. Die Selbstachtung der Entwicklungsländer fordere, daß die Entwicklung als eine gemeinsame Bemühung und nicht als Paternalismus oder als Mildtätigkeit verstanden werde.

Allen Völkern sei von Gott die Herrschaft über die Erde gegeben. Aber solange die Menschheit nicht die Voraussetzungen ändert, auf die sich die Strukturen der Macht gründen, müsse für die Zukunft einer friedlichen Entwicklung schwarzgesehen werden. Eine Umgestaltung sei dringend notwendig. Insbesondere sei es notwendig, neue Organe zu schaffen, die den internationalen Handel mit Rohstoffen lenken.

Der politischen Entwicklung der sogenannten „Dritten Welt“ ist ein weiterer Abschnitt gewidmet. In ihm geht es um die Probleme der nationalen und wirtschaftlichen Unabhängigkeit und um die Konflikte, die bei der Erreichung dieses Zieles entstehen. Die Sektion kommt zu dem Schluß, daß es zwei zuverlässige Verallgemeinerungen für das politische Handeln von Christen in dieser „Dritten Welt“ gibt. Erstens sollte dort, wo kleine Gruppen die Macht auf Kosten der Wohlfahrt der Allgemeinheit ausüben, eine politische Veränderung mit dem Ziel einer gerechteren Ordnung tatkräftig gefördert und unterstützt werden. Zweitens sollte in den Fällen, wo eine solche Veränderung notwendig ist, die Anwendung revolutionärer Methoden — auch der gewaltsame Sturz einer bestehenden politischen Ordnung — von den Christen nicht a priori ausgeschlossen werden.

Unter der Überschrift „Die Beteiligung und Mitarbeit der Kirche“ bringt der Sektionsbericht vor allem Ausführungen über das seelsorgerische Anliegen der Kirche. An erster Stelle steht der Dank an Gott, daß sich bislang keine nukleare Katastrophe ereignet hat. An zweiter Stelle wird der Glaube an Gottes Kraft bezeugt. Drittens werden die Christen und die Kirchen aufgefordert, das Gewissen ihrer Mitmenschen für Frieden und Gerechtigkeit zu schärfen. An vierter Stelle wird darauf hingewiesen, daß das Zeugnis einer radikalen Nonkonformität immer zur christlichen Tradition gehört hat. Aber auch die Nonkonformisten könnten sich

nicht der Verantwortung für die Unordnung der Welt entziehen. Fünftens werden die Christen aufgefordert, ihren Glauben im Hinblick auf die internationalen Fragen zu bezeugen. Die Kirchen könnten durch ökumenisches Handeln Pionierarbeit leisten und beispielhaft für die Nationen wirken.

Der Sektionsbericht, der nach eingehender Diskussion mit einigen Veränderungen vom Plenum der Konferenz angenommen worden ist, schließt mit einer Reihe von Schlußfolgerungen, die hier gekürzt wiedergegeben werden sollen:

- A. Die weltpolitische Situation zwingt die Christen dazu, das bisherige Denken der Kirchen über den Krieg und die Funktion des Staates dabei neu zu untersuchen. „Wir sagen jetzt allen Regierungen und Völkern, daß der Atomkrieg gegen Gottes Willen ist und daß er das größte aller Übel ist.“ (Es sei an dieser Stelle noch einmal auf die Beiträge von Kohnstamm und Gollwitzer verwiesen.)
- B. Es ist die Pflicht aller Menschen und Regierungen, gemeinsam danach zu streben, vorhandene Organisationen zu stärken und neue Instrumente einer verantwortlichen internationalen Gemeinschaft zu schaffen. Die Zukunft der Menschheit hängt davon ab.
- C. Das eigentliche Problem ist, wie das höchste Ziel, die Vermeidung eines nuklearen Krieges, erreicht werden kann. Folgende Maßnahmen könnten hierbei eine Hilfe sein:
 - a) Institutionen zur Verhinderung einer Eskalation,
 - b) die Entwicklung eines neuen internationalen Rechts,
 - c) kontrollierte Abrüstung und
 - d) eine Depolarisierung internationaler Angelegenheiten.
- D. Die Nuklear-Mächte haben die gemeinsame Pflicht, das Leben der Menschen dieser Erde zu erhalten und auf eine Weltordnung hinzuarbeiten, die über den gegenwärtigen ungewissen Frieden des Gleichgewichts der Mächte hinausgeht.
- E. Abrüstungsmaßnahmen sollten energisch verfolgt werden.
- F. „Die politische Unabhängigkeit der kleineren Nationen, ihre volle Mitgliedschaft in der Gemeinschaft der Nationen, ihr Recht, ihre eigenen Entscheidungen hinsichtlich ihres eigenen Wohls zu fällen, muß anerkannt werden.“
- G. Die Konferenz sollte darauf dringen, daß alle Feindseligkeiten und militärischen Unternehmungen beendet werden und daß Bedingungen für eine friedliche Beilegung des Vietnamproblems geschaffen werden.
- H. „Der konventionelle Krieg enthält den Samen des Atomkrieges. Aus diesem Grunde ist die Forderung gebieterischer als je zuvor, alle Mittel anzuwenden, um internationale Konflikte auf friedlichem Wege beizulegen.“

- I. Die Vereinten Nationen sind zur Zeit die beste zur Verfügung stehende Organisation zur Erhaltung des internationalen Friedens. Ihr sind aber offensichtlich Grenzen gesetzt.
- J. Die den Vereinten Nationen zur Verfügung stehenden Hilfsmittel und Möglichkeiten sollten besser ausgenutzt werden.
- K. Regionale Institutionen können eine Garantie gegen nationalen Chauvinismus und gegen die gewaltsame Durchsetzung nationaler Ziele bilden.
- L. „Als Institution war die Kirche allzuoft abgesondert; sie muß den Eifer verstärken, dieser Geschichte eine andere Richtung zu geben, und ihrem geistigen Erbe und ihrer Lehre immer treuer werden.“
- M. Die Kirche muß darauf drängen, daß Lehrpläne, die die Einheit der Menschheit betonen, eingeführt werden.
- N. Die Kirche muß die rechtmäßigen Ansprüche der Unterdrückten unterstützen.
- O. Die Kirchen sollten die Regierungen auffordern, so bald wie möglich die Vereinbarung der Vereinten Nationen über die Eliminierung aller Formen rassistischer Diskriminierung zu ratifizieren.
- P. Es ist darauf zu bestehen, daß die Völker nur dann ihre Macht in internationalen Angelegenheiten wirksam ausüben dürfen, wenn sie in internationalen Organisationen eng zusammenarbeiten.
- Q. Entwicklungshilfe muß selbstlos gewährt werden und sollte niemals dazu gebraucht werden, ideologische und selbstsüchtige Beschränkungen durch den Geber aufzuerlegen.
- R. „Wir fordern die Christen und die Kirchen auf, mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln das Gewissen ihrer Mitmenschen für Frieden und Gerechtigkeit zu schärfen.“